



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 02/2005

31. Januar 2005

Was mich bewegt...

...ist das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am gestrigen Tag im Deutschen Bundestag mit beeindruckenden Reden von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Prof. Dr. h.c. Arno Lustiger, Überlebender verschiedener Konzentrationslager. Die Veranstaltung wurde musikalisch von Wolf Biermann begleitet, der Lieder aus dem "Großen Gesang vom ausgerotteten jüdischen Volk" von Jizchak Katzenelson vortrug. 100 Jugendliche aus Deutschland, Polen und Frankreich, von denen sich viele in der Vergangenheit in Initiativen zur Geschichte des Nationalsozialismus (z.B. in der KZ-Gedenkstätte Dachau) oder in Projekten gegen Antisemitismus und Rassismus (z.B. bei "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold") engagiert haben, nahmen ebenfalls an der Gedenkveranstaltung zu Diskussion teil. In einem kurzen Gespräch mit ihnen wurde mir wieder deutlich, dass viele Jugendliche sich engagieren und durch neue Erfahrungen, Begegnungen, Gespräche mit Zeitzeugen, Besuche von Gedenkstätten und Diskussionen über Konzepte und Erinnerungsarbeit motiviert und gestärkt werden.

Mir steckt die Wut, die Scham und der Schock des Auftritts der NPD vor dem Sächsischen Landtag noch in den Knochen. Die Maske der Biedermänner ist ab - diese Nazis zeigen ihr wahres Gesicht. Als beispielhafte Reaktion ist die hervorragende Rede des Alterspräsidenten des Sächsischen Landtags angefügt. Diese Rede werde ich auch allen Schulen in meinem Wahlkreis zur Verfügung stellen. In dieser Woche ist in vielen Gruppen der Bundestagsfraktion beraten worden, wie wir uns mit der NPD politisch auseinandersetzen und wie wir uns wappnen können, damit die NPD nicht Gedenktage wie den 8. Mai für Demonstrationen nutzen kann.

Ein Aufmarsch der Nazis am Brandenburger Tor in Berlin in der Nähe des Holocaustmahnmals muss verhindert werden! Wir dürfen den Rechtsradikalen nicht unsere Straßen und Plätze überlassen - dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung!

Ich habe in meiner Bundestagsfraktion dafür geworben, sich immer wieder mit jungen Menschen zusammen des Themas Rechtsradikalismus anzunehmen. In diesem Zusammenhang habe ich darauf verwiesen, dass die SPD Charlottenburg -

jetzt Charlottenburg-Wilmersdorf - seit über zwanzig Jahren das ROTE TUCH, den vom SPD-Kreisverband und inzwischen auch dem SPD-Landesverband gestifteten antifaschistischen Jugendmedienpreis, verleiht. Aus dieser kontinuierlichen Arbeit, die seit Jahren meine Vorgängerin im Bundestag, Siegrun Klemmer, als Jury-Vorsitzende engagiert leistet, liegt eine umfangreiche Sammlung von sehr unterschiedlicher Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor - bis hin zu dem beeindruckenden Kinderbuch "Erikas Geschichte", von Ruth Vander Zee, das von Roberto Innocenti - dem letzten ROTEN-TUCH-Preisträger - sensibel und ergreifend illustriert worden ist. Außerdem habe ich auf das Anne Frank Zentrum e.V. in Mitte aufmerksam gemacht und auf das Gripstheater mit den Stücken "Hallo Nazi" und "Ab heute heißt du Sara" nach dem Buch "Ich trug den gelben Stern" von Inge Deutschkron, die sich bereit erklärt, als Zeitzeugin mit Schülerinnen und Schülern in allen Regionen Deutschlands zu diskutieren.

Wir haben uns von der Bundesebene vorgenommen, Projekte wie z.B. Entimon und Civitas abzusichern und erwarten, dass auch die Zuwendungen nicht immer wieder jährlich in Frage gestellt werden. Auf noch etwas möchte ich hinweisen: Im Dezember habe ich kurz vor Weihnachten eine so genannte Bundespresseamtsfahrt - eine "Tagesfahrt durch das politische Berlin", für eine Gruppe aus meinem Wahlkreis durchgeführt. Ein Programmpunkt war, nach einer kurzen Besichtigung des noch im Bau befindlichen Holocaust-Mahnmals, ein Vortrag von Lea Rosh und eine anschließende Diskussion. Bereits im Vorfeld wurde z.T. heftig diskutiert. Lea Rosh allerdings verstand es mit beeindruckendem Engagement, die Beweggründe für die Errichtung des Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa deutlich zu machen. Im Mai wird das Mahnmal eingeweiht.

Ihre Petra Merkel

Die Reden, die anlässlich der Gedenkveranstaltung gehalten wurden, finden Sie unter:

<http://www.bundestag.de/aktuell/gedenktag/index.html>

Die Rede des sächsischen Alterspräsidenten können Sie hier lesen:

**Gemeinsam dafür sorgen, dass sich Geschichte nicht wiederholt,
Rede des Alterspräsidenten Prof. Cornelius Weiss zu den Nazi Ausfällen im
Sächsischen Landtag, am 21.01.2005.**

Sehr verehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren Abgeordneten,

es fällt mir schwer, nach der mit Schaum vor dem Mund und in goebbelsscher Manier vorgetragenen Rede des Herrn Apfel zu sprechen.

In jedem Jahr gedenken die Dresdner in der Nacht vom 13. zum 14. Februar der Zerstörung ihrer Stadt.

Tausende unschuldige Menschen, Frauen, Männer, Kinder, darunter unzählige Flüchtlinge und verwundete Soldaten, kamen im Feuersturm auf grässliche Weise ums Leben.

Ja - und an dieser Stelle spreche ich als Alterspräsident im Namen aller demokratischen Fraktionen des Sächsischen Landtages – wir gedenken, wir trauern, viele von uns beten zu Gott, dass sich derartiges niemals wiederholen möge, in keinem Teil unserer einen Welt.

Wir dürfen das Dresdner Inferno niemals vergessen, wir dürfen aber auch nicht vergessen, wie es zum dazu kam.

Zuerst brannten Bücher.

Im Frühjahr 1933 wanderten bedeutende Werke der Weltliteratur in die Scheiterhaufen der Nazis. „Entartete Kunst“, sagte die Intoleranz.

Nach den Büchern brannte Guernica.

Am 26. April 1937 waren - nach drei Stunden Bombardierung durch die so genannte „Legion Kondor“, 3/4 der baskischen Stadt zerstört, etwa 1700 Menschen, 1/10 der Bevölkerung, fast ausschließlich Zivilisten, verloren ihr Leben.

Dann brannten die Synagogen.

In der Reichspogromnacht vom 9. zum 10.11.1938. Auch das von Gottfried Semper gebaute Gotteshaus in Dresden.

In der Nacht vom 14. zum 15. November 1940 fand das erste Flächenbombardement auf eine Innenstadt als Teil der strategischen Luftkriegsführung statt.

Die Angreifer waren 440 Maschinen der Luftwaffe Hermann Görings - das Opfer war die englische Stadt Coventry.

Und Propagandaminister Goebbels „bereicherte“ die deutsche Sprache um das Verb „coventrieren“ - eine Präzisierung des zynischen Hitler-Wortes „ausradieren“.

Aber dies alles war erst der Anfang.

Das Grauen steigerte sich nachfolgend zur Apokalypse:

In den Krematorien der Vernichtungslager des NS-Regimes verbrannten Millionen Juden, Sinti und Roma.

Am Ende - meine Damen und Herren -

kehrte das Feuer in das Land der Brandstifter zurück.

Wie sagte Heinrich Heine in hellseherischer Voraussicht:

"Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen."

Eine deutsche Stadt nach der anderen fiel den alliierten Bombenangriffen zum Opfer.

Keine drei Monate vor Kriegsende traf dieses Schicksal auf besonders furchtbare Weise die Kunst- und Kulturstadt Dresden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
so wichtig es ist, diese schrecklichen Ereignisse unserer gemeinsamen Geschichte in Erinnerung bewahren, so sinnlos, ja gefährlich ist es, sie gegeneinander aufzurechnen.

„Brücken bauen - Versöhnung leben“
stand unlängst in großen Lettern an der damals
noch eingerüsteten Frauenkirche.
Dies ist der gute Geist, der fortan in uns leben muss.

Deshalb - liebe Demokratinnen und Demokraten - gilt es,
mit aller Entschiedenheit jenen in den Arm zu fallen,
die schon wieder nach der Brandfackel greifen,
ausgerechnet hier in Dresden.

Dazu gehören auch Ihre Hasstiraden - Herr Apfel.

Im Punkt 10 des Programms der NPD, der die bezeichnende Überschrift
„Deutschland in seinen
geschichtlich gewachsenen Grenzen“ trägt, steht geschrieben:
„Deutschland ist größer als die Bundesrepublik.“ und weiter
„Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen
Grenzenerkennungsverträge.“

Meine Damen und Herren, zur Erinnerung:
Erst wollte der „größte Führer aller Zeiten“ Österreich,
dann das Sudetenland, dann Rest-Tschechien,
dann den „Korridor“, dann ganz Polen
und schließlich die ganze Welt.

Ein Ver-Führer - ein ver-führtes Volk,
das am Ende die Zeche zahlten musste.

„Das große Karthago führte drei Kriege.
Nach dem ersten war es noch mächtig.
Nach dem zweiten war es noch bewohnbar.
Nach dem dritten war es nicht mehr zu finden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen Demokraten,
sorgen wir gemeinsam dafür, dass dieser Brecht-Spruch nicht zur Realität wird.
Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

Das und nichts anderes ist das Vermächtnis von Dresden,
die Lehre aus jener furchtbaren Nacht vor 60 Jahren.

Aus dem Bundestag

Reform der beruflichen Bildung - Moderne berufliche Bildung

Der Bundestag hat in dieser Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU das Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung in geänderter Fassung angenommen.

Mit dem Berufsbildungsreformgesetz haben wir die umfassendste Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) seit seinem Inkrafttreten 1969 vorgelegt. Nach den Verhandlungen mit der Opposition und den Ländern ist davon auszugehen, dass die Reform auch die Zustimmung des Bundesrates erhält.

Wichtige Eckpunkte der geplanten Novelle der Berufsausbildung sind die Verbesserung der Qualität der Ausbildung mit einer gesetzlich verankerten Qualitätssicherung, größere Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen mit Möglichkeiten zur Anrechnung von Vorqualifikationen auf Ausbildungszeiten, Modernisierung des Prüfungswesens, Flexibilisierung der Ausbildungsregelungen und Internationalisierung der Ausbildung.

Die Sozialpartner sollen künftig bei der Gestaltung der beruflichen Bildung eine größere Rolle spielen. Berufsschulen erhalten die Möglichkeit, an der Feststellung des Ergebnisses der Kammerabschlussprüfungen beteiligt zu werden. Auch die Zulassung von Absolventen schulischer Berufsausbildungsgänge zur Kammerprüfung soll erleichtert werden.

Erleichterter Zugang zur Kammerprüfung

In der Vergangenheit war festzustellen, dass diejenigen, die ihre Berufsausbildung an Schulen absolvieren, einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Deshalb schließt rund ein Drittel dieser Jugendlichen an diese schulische Berufsausbildung noch einmal eine duale Berufsausbildung an. Das ist Vergeudung von Lebenszeit und Ressourcen.

Weil für den Arbeitsmarkt ein Kammerabschlusszeugnis nach wie vor die beste Eintrittskarte ist, ermöglichen wir nun – durch eine entsprechende Ermächtigung der Landesregierungen – den Schülern einen erleichterten Zugang zu dieser Kammerprüfung.

Anrechnung erworbener Qualifikationen

In jedem Jahr werden vielfältige Anstrengungen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot unternommen. Durch Sonderprogramme der Bundesregierung oder Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit kann hier nur bedingt Abhilfe geschaffen werden. Wir erleichtern nun die Anrechnung der in diesen Maßnahmen erworbenen Qualifikationen auf die sich anschließende Ausbildungszeit.

Ausbildung im Ausland

Das duale Berufsausbildungssystem hat sich in Deutschland bewährt, was man auch an der vergleichsweise geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ablesen kann. Was bisher zu kurz kam, war eine internationale Ausrichtung der Berufsausbildung. Das neue BBiG eröffnet die Möglichkeit, Ausbildung im Ausland als Bestandteil der Gesamtausbildung zu integrieren.

Weitere Kernpunkte der Reform sind die Durchführung der Abschlussprüfungen in zwei Teilen, die Einführung der Qualitätssicherung sowie Bürokratieabbau durch Verschlinkung von Gremien. Das Reformgesetz wird begleitet durch einen Entschließungsantrag, mit dem alle Akteure in der beruflichen Bildung aufgefordert werden, diesen neuen rechtlichen Rahmen verantwortungsvoll zu nutzen.

Studiengebühren

Das Bundesverfassungsgericht erklärte am Mittwoch Teile der VI. Novelle des Hochschulrahmengesetzes aus formalen Gründen für verfassungswidrig. Der Bund habe bei Studiengebühren keine Regelungskompetenz, diese liege gegenwärtig ausschließlich bei den Ländern. Die Union hatte zu diesem Thema am selben Tag eine „Aktuelle Stunde“ beantragt.

Polemik von der Union

Die Opposition begrüßte das Urteil des Verfassungsgerichtes. Redner von CDU und CSU ergingen sich in ihren Beiträgen in Polemik: „Kümmern Sie sich nicht um Dinge, die Sie nichts angehen“. Die „rot-grüne Ideologie“ habe sich über das Grundgesetz gestellt.

Verantwortung bei den Ländern

Redner der Regierungskoalition stellten klar, dass das Gericht lediglich über die Frage der Regelungskompetenz beraten habe – nicht über Studiengebühren an sich. Die Verantwortung liegt jetzt bei den Ländern, betonten die Redner. Vorschnelle Alleingänge sollten dabei ausbleiben, ein sozialer Ausgleich gewährleistet werden.

Fraktion hält am Grundsatz fest

Die SPD-Bundestagsfraktion hält weiterhin an dem Grundsatz fest, dass ein Erststudium gebührenfrei bleiben muss. Studiengebühren für das Erststudium sind sozial ungerecht und bildungspolitisch kontraproduktiv. Unser Ziel: Es dürfen keine neuen sozialen Barrieren aufgebaut werden. Studiengebühren verschärfen die soziale Schieflage an deutschen Hochschulen. Gerade in der Zeit nach Pisa hat die Diskussion gezeigt wie notwendig es ist, soziale Schranken im Bildungssystem einzureißen.

Wollen einzelne Länder Studiengebühren erheben, müssen diese Länder auch den sozialen Ausgleich gewährleisten. Eine Finanzierung von Studiengebühren aus Bundesmitteln lehnen wir entschieden ab.

Einkünfte von Abgeordneten

Bis zum Februar 2005 werden zumindest die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine gesetzliche Regelung in der Frage der Nebentätigkeiten und Einkünfte von Bundestagsabgeordneten vorlegen. Nachdem die CDU/CSU-Fraktion ihre Verweigerungshaltung zur notwendigen Veränderung aufgegeben hat, werden nun auch mit der Opposition Gespräche geführt. Ziel einer neuen gesetzlichen Regelung soll eine größere Transparenz und Offenlegung von Abgeordneteneinkünften sein. Die SPD-Bundestagsfraktion hat weiterhin beschlossen, zusammen mit den anderen Fraktionen eine Veränderung der Altersversorgung zu klären und im Herbst dieses Jahres darüber zu entscheiden.

Familienatlas 2005

Der Familienatlas 2005 wurde vom Bundesfamilienministerium, Prognos AG und der Wochenzeitung DER ZEIT erstellt und liefert eine Bestandsaufnahme der Familienfreundlichkeit in Deutschland. Alle 439 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland werden in Gruppen mit gleichem Profil eingeteilt. Insgesamt acht verschiedene Gruppen gibt es, die jeweils ähnliche Rahmenbedingungen und Herausforderungen für Familien aufweisen. Berlin wird zu der Gruppe „Fehlende Perspektiven für Familien“ gezählt.

Näheres hierzu gibt es im Internet unter:
<http://www.prognos.ch/familienatlas/index.html>

Der Familienatlas 2005 kann herunter geladen werden:
<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=23758.html>

Aus dem Wahlkreis

PPP

Erneut kann ich eine Patenschaft für einen Berliner Schüler aus Wilmersdorf übernehmen, und ihm die Möglichkeit bieten, ein Jahr in den Vereinigten Staaten zu leben und zur Schule zu gehen. Salim A. vom Goethe-Gymnasium wird in diesem Sommer in die USA aufbrechen.

Neujahrsempfang in der Goethe 80 – mit Spenden für die Flutopfer

Auch in diesem Jahr habe ich die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zum Neujahrsempfang in mein Wahlkreisbüro eingeladen. Am 10 Januar trafen wir uns zum Gedankenaustausch in der Goethe 80. Anlässlich der unglaublichen Seebeben-Katastrophe in Südasien haben meine Gäste zu Gunsten von UNICEF gespendet. In diesen knapp drei Stunden und auf dem Neujahrsbrunch der Ku'Damm Abteilung der SPD kamen 502,76 Euro zusammen – ich habe mich sehr darüber gefreut.

Faire Kisten im Fairen Handel

Der Faire Handel bietet jetzt auch „Faire Kisten“ an: ein Sortiment verschiedener fair gehandelter Produkten. Gerade für Firmen und/oder Büros ist dies eine gute Möglichkeit, eine Vielzahl von Produkten auf einen Schlag zu bestellen. Informationen über die Zusammenstellung der Kisten und Bestellungen können Sie selbstverständlich bei dem wie gewohnt stattfindenden Verkauf in der Goethestraße 80 erhalten und aufgeben.

Jeden Samstag werden von 11.00 bis 14.00 Uhr in der Goethestraße Produkte aus dem fairen Handel und der Dritten Welt angeboten.

Dies und das

ecopolicyade

Ein spannender Wettkampf war es – Schülerinnen und Schüler der Hauptschule aus dem schleswig-holsteinischem Malente traten gegen Bundestagsabgeordnete an und spielten das Computerspiel „ecopolicy“. Es galt zu beweisen, wer der bessere Staatschef oder die besser Staatschefin ist. Das Wohlbefinden der Bevölkerung steht bei diesem Computerspiel im Mittelpunkt, was hebt die Zufriedenheit der Bürger? Umweltschutz, Produktivität, Bildung – die Prioritäten setzt die Staatschefs und – chefinen . Gemeinsam mit meinen Kollegen Bettina Hagedorn, Lothar Bindung und Swen Schulz war unsere Bevölkerung im Industrieland am Ende der Spielrunde zwar zufrieden mit unseren Arbeit, die Schüler waren jedoch noch besser und erreichten mehr Punkte. Im Schwellenland wurden wir allerdings durch einen Staatsstreich entmachtet.

Ein Spiel, das begeistert - aber auch ein neues Verständnis von Politik und Entscheidung eröffnet.

Termine

Die SPD und die Gewerkschaften

Sehr herzlich lade ich Sie zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Abteilungen 73, 75 und 94 ein, am Dienstag, den 22. Februar 2005 um 20.00 Uhr im Nachbarschaftsheim in der Herbartstraße 25 in 14057 ein.

Ich werde gemeinsam mit Klaus Uwe Benneter, MdB und Generalsekretär der SPD und Burkhardt Thiemann, Referent für Grundsatzfragen bei ver.di, das Thema „Die SPD und die Gewerkschaften im Zeitalter von Hartz IV. Und wie weiter?“ diskutieren.

Moderiert wird die Veranstaltung von Bernd Karl Vogel und Kaspar Krone.

Ich freue mich auf Ihr Kommen.

Film als Wirtschaftsfaktor – Strategien für das Kino von morgen

Die SPD-Charlottenburg-Wilmersdorf veranstaltet am Mittwoch, den 2. Februar 2005 ein Podiumsgespräch. Neben dem Chef der Berlinale, Dieter Kosslick, Rosemarie Stadler, Filmkunst 66, Manuela Stehr, Produzentin X-Filme, nehmen Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf und Frank Jahnke, MdA, teil. Das Gespräch wird moderiert von Barbara Scheffer, stellvertretende Kreisvorsitzende von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr in der Filmkunst 66, Bleibtreustraße 12 in 10623 Berlin

Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 11. Februar 2005 von 16.00 bis 18.00 Uhr. Wenn Sie Interesse an einem Termin haben, melden Sie sich bitte telefonisch an unter 030 – 313 88 82 oder 030-227-77262.